

El Salvadors ungesühnte Morde Zum 20 Jahrestag der Ermordung der Jesuiten und ihrer MitarbeiterInnen

Martin Maier SJ, November 2009

Manche Verbrechen haben eine geschichtliche Dimension. Das trifft für die Ermordung von Ignacio Ellacuría SJ, Amando López SJ, Joaquín López y López SJ, Juan Ramón Moreno SJ, Ignacio Martín-Baró SJ, Segundo Montes SJ und der Köchin Elba mit ihrer Tochter Celina Ramos am 16. November 1989 gleich in mehrfacher Hinsicht zu. Wenige Tage zuvor war in Berlin die Mauer gefallen – der Anfang vom Ende des Kalten Krieges. Doch in El Salvador wurde der 1980 ausgebrochene Bürgerkrieg, der auch ein Stellvertreterkrieg im Ost-West-Konflikt war, noch einmal richtig heiß. Die Guerilla führte seit dem 11. November eine landesweite Offensive und hielt ein Drittel der Hauptstadt San Salvador besetzt. Die Armee fühlte sich mit dem Rücken zur Wand.

Am Abend des 15. November versammelte sich die Obersten und Generäle und beschlossen, sich die angeblichen „Köpfe“ der Aufständischen vorzunehmen. Ein Spezialkommando wurde in die Zentralamerikanische Universität José Simeón Cañas der Jesuiten geschickt. Die Soldaten zerrten die Patres aus ihrer Wohnung, zwangen sie mit dem Gesicht nach unten ins Gras zu liegen und erschossen sie aus nächster Nähe. Die aus den Schädeln gequollene Hirnmasse der Universitätsprofessoren wurde zum makabren Symbol: Hier sollte Geist getötet werden. Hier glaubten die Täter und ihre Hintermänner einmal mehr, mit Personen auch deren missliebige Ideen töten zu können. Mutter und Tochter mussten sterben, weil die Soldaten den Befehl erhalten hatten, keine Zeugen des Massakers übrig zu lassen.

Der bekannteste von ihnen war Ignacio Ellacuría. Als Rektor der Universität schaltete er sich immer wieder in die öffentlichen Debatten ein, forderte mehr soziale Gerechtigkeit und die Einhaltung der Menschenrechte. Zusammen mit Erzbischof Arturo Rivera y Damas vermittelte er in der Einleitung von Friedensgesprächen. Er war auch einer der produktivsten Befreiungstheologen. Der Hass auf ihn in einschlägigen Kreisen der Oligarchie war grenzenlos.



Warum wurde er zusammen mit seinen Mitbrüdern und den beiden Frauen umgebracht? Die kürzeste Antwort darauf ist auf der Grabplatte in der Universitätskapelle zu lesen. Hier wird der wichtigste Auftrag des Jesuitenordens in unserer heutigen Zeit beschrieben, wie ihn die Generalkongregation von 1974/75 formuliert hat: „Was heißt heute Jesuit, Gefährte Jesu sein? Sich unter dem Kreuz im entscheidenden Kampf unserer Zeit einzusetzen: im Kampf für den Glauben, der den Kampf für die Gerechtigkeit mit einschließt.“

Mit dieser Grundentscheidung wollten die Jesuiten auf die weltweite Ungerechtigkeit als drängendster Herausforderung der Gegenwart antworten. Prophetisch hatte die Ordensversammlung aber auch vorausgesagt: „Wir werden nicht für die Gerechtigkeit arbeiten, ohne einen Preis dafür zu bezahlen.“ Dieser Satz ist ebenfalls in die Grabplatte eingraviert.

Geschichtliche Hintergründe

Dieses Verbrechen muss im größeren Zusammenhang der jüngeren Geschichte des mit rund 21.000 Quadratkilometer flächenmäßig kleinsten Landes Zentralamerikas gesehen werden. El Salvador kennt eine lange Geschichte von Ungerechtigkeit und Repression. Traditionell war es ein Agrarland mit Kaffee, Baumwolle und Zuckerrohr als Hauptexportgüter. Beherrscht wurde es von den sprichwörtlichen „14 Familien“. 1932 schlug die Armee eine Aufstandsbewegung der Bauern und Landarbeiter blutig nieder: in der berühmten „Matanza“ (Schlächterei) gab es innerhalb weniger Wochen 30 000 Tote. Bis 1979 wurde das Land von Militärdiktaturen regiert, die eine notdürftige demokratische Fassade aufbauten. Im Zug eines Industrialisierungsschubs in den 60er Jahren bildeten sich Gewerkschaften, reformorientierte Oppositionsparteien und studentische Organisationen, die auf eine Landreform und soziale Veränderungen drängten.

Anfang der 70er Jahre war noch nahezu die Hälfte des bebaubaren Landes in Händen von 1,5 Prozent der Landeigner, während sich 87 Prozent der Bauern gerade 20 Prozent teilten. Die wachsende soziale Polarisierung und die zunehmende Repression seitens der Regierung führten 1981 zum Ausbruch eines Bürgerkriegs zwischen der linksgerichteten Guerilla FMLN (Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional) und der Armee. Dieser Krieg wurde von den USA als ein ideologischer Stellvertreterkrieg im Zeichen des Ost-West-Konflikts mitgeführt. Sie finanzierten ihn auf Seiten der Armee mit über drei Milliarden Dollar. Der 1994 verstorbene Erzbischof Arturo Rivera y Damas bemerkte dazu: „Die USA liefern die Waffen, und wir liefern die Toten.“ Der 1992 beendete Bürgerkrieg forderte 80 000 Todes-

opfer, trieb 1,5 Millionen Salvadorianer zur Emigration ins Ausland und machte eine halbe Million Menschen innerhalb des Landes zu Flüchtlingen. Er hinterließ ein zerstörtes und zerrissenes Land.

Kirchengeschichtliche Dimension

Der Jesuitenorden hatte sich mit seiner Grundentscheidung für Glaube und Gerechtigkeit die Neuausrichtung zu eigen gemacht, welche die lateinamerikanischen Bischöfe auf ihrer Versammlung im kolumbianischen Medellín 1968 beschlossen hatten. In ihrem Bemühen, das Zweite Vatikanische Konzil auf die Situation Lateinamerikas umzusetzen, erkannten die Bischöfe das zum Himmel schreiende Elend der großen Mehrheit der auf dem Subkontinent lebenden Menschen als die entscheidende Herausforderung für die Kirche. Sie zogen daraus die Konsequenz der „vorrangigen Option für die Armen“, mit der sie ihre Grundentscheidung beschrieben, sich in Lateinamerika für Befreiung und Gerechtigkeit einzusetzen.

Damit wurde eine historische Wende in der Kirchengeschichte Lateinamerikas eingeleitet. Jahrhundertlang war die Kirche in Lateinamerika - von wenigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen - in einem Bündnis mit den Mächtigen und den Reichen gestanden. Mit den Dokumenten von Medellín kündigte sie dieses Bündnis auf. Das alarmierte sowohl die lateinamerikanischen Oligarchien als auch die Regierung der Vereinigten Staaten. Damit war ein Konflikt programmiert. Gott in einen Zusammenhang mit den politischen und wirtschaftlichen Strukturen zu bringen, wurde als Marxismus und Kommunismus abqualifiziert.

Dieser Konflikt wurde in El Salvador besonders akut. Schon in den 60er Jahren hatte die katholische Kirche in El Salvador unter Erzbischof Luis Chávez y González Initiativen zur Organisierung der Bauern unternommen. In einer 1976 geplanten aber schließlich von der Oligarchie vereitelten Landreform spielte die christliche Bauerngewerkschaft FECCAS (Federación Cristiana de Campesinos Salvadoreños) eine wichtige Rolle. Damit wurden aber sozial engagierte, christliche Gruppen von den Herrschenden zunehmend als Gegner empfunden, und eine der blutigsten Christenverfolgungen in der jüngeren Kirchengeschichte nahm ihren Anfang. Ihr fielen in den 70er und 80er Jahren Tausende von engagierten Christen, 18 Priester, vier Ordensfrauen und Erzbischof Oscar Romero zum Opfer.

Der erste unter den Priestern war der Jesuitenpater Rutilio Grande am 12. März 1977, der in dem Bauerndorf Aguilares mit den Menschen das Evangelium als eine befreiende Botschaft las. Oft sagte er in seinen Predigten: „Gott liegt nicht im Himmel weit oben in einer Hängematte, sondern er ist mitten unter uns.“ Rutilio Grandes Ermordung im Auftrag von Großgrundbesitzern war entscheidend für die Wandlung Erzbischof Romeros von einem eher ängstlichen und unpolitischen Kirchenmann zum prophetischen Verteidiger der Armen. Er wurde am 24. März 1980 während der Feier der heiligen Messe von einem gedungenen Scharfschützen ermordet. Drahtzieher des Verbrechens war Major Roberto D'Aubuisson, der in El Salvador die Todesschwadronen organisierte. Er wurde bis zu seinem Tod im Jahr 1991 nie zur Rechenschaft gezogen.

Erzbischof Arturo Rivera y Damas setzte die Linie Romeros fort und prangerte von der Kanzel aus Ungerechtigkeit und Menschenrechtsverletzungen an. Nach dem unerwarteten Tod von Rivera y Damas 1994 wurde der gebürtige Spanier Fernando Sáenz Lacalle vom Opus Dei zum Erzbischof ernannt. Dies bedeutete einen Bruch mit der prophetischen Linie Oscar Romeros. Sáenz Lacalle

vertrat die Auffassung, Priester sollten nicht zu politischen Fragen Stellung beziehen. Aus dem Priesterseminar ließ er alle befreiungstheologischen Bücher entfernen. Hauptzielscheibe seines Kampfs gegen die Theologie der Befreiung war die theologische Fakultät der Jesuiten in der Zentralamerikanischen Universität. So war Sáenz auch eine treibende Kraft hinter der Maßregelung des Befreiungstheologen Jon Sobrino SJ mit einer Notifikation der Glaubenskongregation im März 2007. Sobrino hatte den Anschlag vom 16. November 1989 nur deswegen überlebt, weil er zufällig zu Vorträgen im Ausland war.

Ende 2008 wurde José Luis Escobar Alas zum Nachfolger von Sáenz Lacalle ernannt. Er ist mit 49 Jahren noch relativ jung und war zuvor Bischof der kleineren Diözese von San Vicente. Bei seiner Amtseinführung im Februar 2009 sprach er sich für eine baldmögliche Seligsprechung von Oscar Romero aus. Überraschend deutlich nahm er gegen die Ausbeutung von Gold- und Silberminen durch ausländische Firmen Stellung. Durch die Verwendung giftiger Chemikalien entstehen hier schwere Schäden für Menschen und Umwelt.

Der „Fall der Jesuiten“

Der Fall der Jesuitenmorde wurde zu einem Politikum erster Ordnung. Zuerst versuchten Armee und Regierung, das Verbrechen der Guerilla in die Schuhe zu schieben. Doch dieses Lügengebäude fiel schnell in sich zusammen. Zum ersten Mal befand sich die Armee in der Defensive. Ein besonderer Skandal war, daß auch die US-Botschaft in die Vertuschungsmanöver verwickelt war und ein US-Militärberater sogar im Voraus von dem geplanten Verbrechen wusste, ohne etwas zu unternehmen. Ein salvadorianischer Offizier sagte einmal, nichts habe der Armee in den Jahren des Krieges gegen die Guerilla so geschadet, wie diese von ihr selbst angeordneten Morde. Nicht zuletzt war es die moralische Empörung über das Verbrechen in der öffentlichen Meinung der USA, die schließlich zu einer Änderung der Salvador-Politik der US-Regierung beitrug.

Unter Vermittlung der Vereinten Nationen wurden im April 1990 Friedensverhandlungen begonnen. Der Peruaner Alvaro de Soto leitete diese Verhandlungen als Repräsentant des damaligen UN-Generalsekretärs Javier Pérez de Cuéllar. Rückblickend betonte er die Schlüsselbedeutung der Jesuitenmorde für die Verhandlungen: „Die Jesuiten mussten ihr Leben verlieren, um die moralische Empörung hervorzurufen, die die salvadorianischen Streitkräfte in der Defensive hielten und sie am Verhandlungstisch zu den Zugeständnissen zwangen, ohne die ein dauerhafter Friede wahrscheinlich nicht erreicht worden wäre. Die Untersuchungen der Morde und der Verhandlungsprozess waren ineinander verwoben wie eine Fuge, die Bach würdig gewesen wäre; sie schien vom Himmel her inspiriert.“ Diese Verhandlungen führten zu einem umfassenden Friedensvertrag, der im Januar 1992 unterzeichnet wurde, von dem aber in der Folge nur wenig umgesetzt wurde.

Im September 1991 kam es zu einem Prozess in San Salvador, bei dem zum ersten Mal in der Geschichte des Landes acht Soldaten und Offiziere auf der Anklagebank saßen. Allerdings wurden nur zwei von ihnen verurteilt, und diese ließ man im Zug einer Generalamnestie im Frühjahr 1993 wieder frei. Obwohl inzwischen feststeht, dass die gesamte Armeespitze in die Planung des Massakers ver-

wickelt war, ist das Verbrechen bis heute noch nicht wirklich aufgeklärt. Nachdem alle Anstrengungen für eine Wiederaufnahme des Verfahrens in El Salvador erfolglos blieben, reichten im November 2008 die spanische Menschenrechtsorganisation APDHE sowie das Zentrum für Justiz und Rechenschaft (CJA) beim Nationalen Gerichtshof in Madrid Anzeige gegen 14 ranghohe Militärs sowie gegen Ex-Präsident Alfredo Cristiani ein. Der Richter Eloy Velasco begründete seine Zuständigkeit mit der universellen Gerichtsbarkeit, die nach Völkerrecht Kompetenz hat, wenn es sich um Verbrechen gegen die Menschlichkeit handelt.

Die heutige Situation

Auch 16 Jahre nach Unterzeichnung des Friedensvertrags sind die Probleme von El Salvador noch weit von einer Lösung entfernt. Das Land befindet sich immer noch in einem schwierigen und zerbrechlichen Übergangsprozess vom Bürgerkrieg zum wirklichen Frieden, von den jahrzehntelangen Militärdiktaturen zur Demokratie, von extremen sozialen Polarisierungen zu einer nationalen Versöhnung. Die Chance zu einer Aufarbeitung der schlimmsten Verbrechen des Bürgerkriegs, wie sie die Friedensverträge forderten, wurde mit der überstürzten Generalamnestie von 1993 vertan.

Beängstigend ist vor allem das Ausmaß der Gewalt. So werden heute mindestens ebenso viele Menschen Opfer von Mord und Totschlag wie in den Jahren des Bürgerkriegs. Im Jahr 2008 wurden 3136 Menschen getötet. 92 von 100 000 jungen Menschen werden jährlich Opfer von Gewaltverbrechen. Das ist die höchste Rate in ganz Lateinamerika. Hinter diesen Zahlen steht u.a. das Problem der Jugendbanden, der sogenannten „maras“, auf deren Konto zwei Drittel aller Mordtaten gehen. Das ist die Konsequenz einer verfehlten oder gar nicht existierenden Sozial- und Bildungspolitik. Die Regierung gibt nicht einmal 3 Prozent des Bruttoinlandprodukts für Bildung aus. Dementsprechend haben zwei Drittel der Bevölkerung die Grundschule nicht abgeschlossen; weniger als 15 Prozent besuchen eine höhere Schule. Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung haben keine Krankenversicherung.

Die Regierung versuchte, dem Problem der Gewalt mit „harter Hand“, dann mit „superharter Hand“ zu begegnen. Die tieferliegenden Gründe sind aber nach wie vor die extremen sozialen Gegensätze. Das reichste Fünftel der Bevölkerung erhält 56 Prozent des nationalen Einkommens. Das ist 21mal mehr als das ärmste Fünftel. 40 Prozent der Bevölkerung müssen mit weniger als 2 Dollar am Tag überleben. Die geschätzten Mindestlebenshaltungskosten betragen 360 Dollar, der „gesetzliche“ Mindestlohn von Textilarbeiterinnen liegt bei 173 Dollar. Eine im Herbst 2008 veröffentlichte Studie des Welternährungsprogramms kommt zum Schluss, dass in El Salvador die absolute Armut um 6,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr zugenommen habe.

Wie ausweglos viele die Situation in El Salvador erleben, zeigt auch die Migration in Richtung USA. Täglich sollen es über 500 sein, die den teuren und gefährlichen Weg in Richtung Norden antreten. 2,5 Millionen Salvadorianer leben legal oder illegal in den Vereinigten Staaten.

2009 war auch in El Salvador ein Superwahljahr. Die Politik ist beherrscht von der Konfrontation zwischen der ultrarechten ARENA-Partei (Alianza Republicana Nacionalista), gegründet von Roberto D'Aubuisson, dem Drahtzieher hinter der Ermordung Erzbischof Romero, und der aus der früheren Guerilla hervorgegangenen Partei FMLN (Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional). Seit 1988 stellte die ARENA Präsident und Regierung. Am 15. Januar dieses Jahres fanden Parlaments- und Kommunalwahlen statt. Im Parlament gewann die FMLN 35 von 84 Sitzen und bildet damit nun die stärkste Fraktion. Auch bei den Kommunalwahlen konnte die FMLN vor allem auf dem Land zulegen. Einen Dämpfer bedeutete aber, dass der ARENA-Kandidat Norman Quijano die Bürgermeisterwahlen in der Hauptstadt gegen die bisherige Amtsinhaberin Violeta Menjívar von der FMLN gewonnen hat.

Weitaus wichtiger waren die Präsidentschaftswahlen am 15. März. Hier standen sich der frühere Polizeidirektor Rodrigo Ávila für die ARENA und der populäre Fernsehjournalist Mauricio Funes für die FMLN gegenüber. Funes gewann die Wahlen knapp mit 51,3 Prozent. Das ist ein historischer Wahlsieg, zumal die ARENA in einem schmutzigen Wahlkampf alles daran setzte, diesen zu verhindern. Das alte Gespenst des Kommunismus wurde wieder beschworen und damit gedroht, dass im Fall einer Machtübernahme der Linken die Menschen ihre Arbeitsplätze verlieren und das Land an Hugo Chávez „verkauft“ würde. Auch wenn man immer noch fragen kann, ob in El Salvador bei einer Analphabetenrate von über 30 Prozent, bei der Kontrolle der wichtigsten Medien durch die Oligarchie und bei dem nach wie vor mangelhaften Rechtswesen die Voraussetzungen für eine umfassende Demokratie gegeben sind, so zeigte sich in diesen Wahlen doch, dass die Mehrheit der Bevölkerung auf die Propaganda der ARENA nicht mehr hereingefallen ist.

Die Salvadorianer setzen jetzt ihre Hoffnung auf Mauricio Funes und die neue Regierung. Funes hat versprochen, die Kriminalität durch Prävention und Programme für Jugendliche sowie durch die Schaffung von Arbeitsplätzen zu bekämpfen. Auch der Kampf gegen die Korruption steht ganz oben auf seiner Agenda. Mit Funes könnte ein neues Kapitel in der Geschichte El Salvadors aufgeschlagen werden. Doch kurzfristige Lösungen sind nicht zu erwarten. Im Parlament ist Funes auf Koalitionen mit den Christdemokraten und der rechten Partei PCN angewiesen. Die Oligarchie und die extreme Rechte werden alles unternehmen, um den Beweis zu erbringen, dass eine linke Regierung in El Salvador nur scheitern kann.